

Foto: istockphoto



Die Menschen in den Mittelpunkt stellen –

Profitmaximierung im Gesundheitswesen
zurückdrängen!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Kathrin Vogler,
MdB, Gesundheitspolitische Sprecherin
und Ates Gürpınar,
*MdB, Sprecher für Krankenhaus- und
Pflegepolitik*
Foto:
Anna Obermeier

Die Menschen in den Mittelpunkt stellen – Profitmaximierung zurückdrängen!

Im Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems müssen die Patient*innen und die Menschen mit Pflegebedarf stehen. Das ist leider oft nicht so. Darum wollen wir ihre Rechte stärken und die Beratungsmöglichkeiten für sie ausbauen und vernetzen.

Das Gesundheitssystem soll die Versorgung der Menschen mit gesundheitlichem oder pflegerischem Bedarf gewährleisten. Es darf sich nicht länger an den Profitinteressen privater Kapitalanleger orientieren, die sich immer größere Teile der gesundheitlichen Versorgung einverleiben.

Zuzahlungen und Eigenanteile gehören abgeschafft. Auch die Interessen der Beschäftigten müssen verstärkt in den Blick genommen werden, denn: Personalmangel und Nachwuchsprobleme gefährden eine gute, bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung!



Bedarfsgerechte Versorgung für alle!

Das Gesundheitssystem muss als Teil des Sozialstaats die Versorgung der Bevölkerung zum Ziel haben und darf nicht mit einem verkürzten betriebswirtschaftlichen Blick auf Markt und Wettbewerb ausgerichtet sein.

Wir setzen uns ein:

- für gute Arbeit, gute Wohn- und Lernbedingungen in einem lebenswerten Umfeld, Gesundheit ist mehr als Medizin
- für eine bedarfsgerechte und gut erreichbare Gesundheitsversorgung insbesondere auch in ländlichen Regionen
- für Krankenhäuser dort, wo wir sie brauchen, nicht dort, wo sie sich rechnen

- für den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung mit inhaber*innengeführten Apotheken und eine Beschränkung des Versandhandels mit Arzneimitteln
- für eine von Industrie und Profit unabhängige Pharmaforschung sowie für angemessene Arzneimittelpreise, die sich am Nutzen und an den Forschungskosten orientieren und die Versichertengemeinschaft nicht überfordern
- für eine umfassende und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung aller Geflüchteten im Land
- für eine auskömmliche Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation WHO, indem die reichen Länder endlich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen, denn: Eine weltweit gute gesundheitliche Versorgung schützt uns alle!



Gute Pflege – für alle!

Eine gute pflegerische Versorgung ist für Menschen mit Pflegebedarf und Patient*innen lebenswichtig. Sie kann nur gelingen, wenn das Gesundheitssystem komplett neu aufgestellt wird und Pflegekräfte endlich genug Zeit haben für gute Pflege. Wir setzen uns ein

- dafür, dass Menschen mit Pflegebedarf, ihre pflegenden Angehörigen, Patient*innen und Pflegekräfte auf allen politischen Ebenen besser eingebunden werden und mitbestimmen können
- für eine gute finanzielle Absicherung für Menschen mit Pflegebedarf und ihre pflegenden Angehörigen. Pflegerische Sorgearbeit darf nicht weiter in Armut führen



- für gute Pflegebedingungen: Wir brauchen einen Personalschlüssel, der die Beschäftigten entlastet. So können Pflegekräfte für den Beruf zurückgewonnen werden. Wir brauchen 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und 100.000 Pflegekräfte mehr in der Langzeitpflege. Alle Pflegekräfte brauchen gute Arbeitsbedingungen durch einen verbindlichen Personalschlüssel und einen ordentlichen Lohn
- Gesundheit und Pflege sind keine Ware – keine Profite mehr mit Krankenhäusern und Pflegeheimen!

Für eine gerechte und solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung!

... gerecht:

DIE LINKE fordert: Alle in Deutschland lebenden Menschen werden Mitglied in der Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung, auch die bisher privat Versicherten. Alle zahlen Beiträge konsequent nach ihrem tatsächlichen Einkommen – ohne Mindest- und Höchstbeitrag. Auch auf Kapitaleinkünfte muss Beitrag gezahlt werden, nicht nur auf Arbeitseinkommen und Renten. Weil mehr Einkommen und Einkommensarten als bisher beitragspflichtig sind, kann der Beitragssatz deutlich sinken. Rund 90 Prozent der Bevölkerung würden so entlastet. Und auch in der Pflegeversicherung würde mehr Geld zur Verfügung stehen, für bessere Versorgung und bessere Löhne.

... solidarisch:

- Alle Menschen werden versichert.
- Sämtliche Einkommensarten werden berücksichtigt, ohne Beitragsbemessungsgrenze.
- Zuzahlungen werden komplett abgeschafft.
- Arbeitseinkommen und Renten unter 6.300 Euro werden entlastet.
- Wer viel Einkommen hat, zahlt viel, wer wenig hat, zahlt wenig und wer nichts hat, zahlt nichts.

Was bringt die Solidarische Gesundheitsversicherung?

So würde sich die Solidarische Gesundheitsversicherung auf die Höhe der Beiträge zur Krankenversicherung auswirken:



Einkommen pro Monat	1.840 Euro	2.200 Euro	2.900 Euro	3.000 Euro	3.200 Euro	3.500 Euro	3.800 Euro	8.000 Euro	10.591,70 Euro
Aktueller monatlicher Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	298,08 Euro	356,40 Euro	469,80 Euro	486,00 Euro	518,40 Euro	567,00 Euro	615,60 Euro	807,98 Euro	807,98 Euro
Neuer monatlicher Beitrag in der Solidarischen Gesundheitsversicherung	222,64 Euro	266,20 Euro	350,90 Euro	363,00 Euro	387,20 Euro	423,50 Euro	459,80 Euro	968,00 Euro	1281,35 Euro



LINKS wirkt!

- Parität wieder eingeführt:
Beschäftigte werden entlastet: Arbeitgeber zahlen wieder 50% des Krankenversicherungsanteils.
- Mindestbeitrag für Selbstständige gesenkt:
Selbstständige mit geringem Einkommen zahlen weniger in die gesetzliche Krankenkasse ein.
- Praxisgebühr abgeschafft:
Das »Eintrittsgeld« (Zuzahlung von 10 € pro Quartal) in die Arztpraxis wurde abgeschafft.

Das gehen wir gemeinsam an:

- Keine Profite mit Gesundheit und Pflege
- Abschaffung aller Zuzahlungen inklusive Pflege, Zahnersatz und Brillen

Wir freuen uns über Hinweise, Themenvorschläge, Fragen zur Gesundheits- und Pflegepolitik!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Fotos: istockphoto

Layout/Druck: Fraktionsservice

Stand: Juli 2023

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de



www.linksfraktion.de